

Wahlprüfsteine der Bürgerinitiative "Königsbrücker muss leben!" zur Kommunalwahl 2019

1. Wie beurteilen Sie die "Historie" der Königsbrücker Straße? Wieso wurde die Straße bislang nicht saniert?

Die Straße wurde bisher nicht saniert, da sich in der Politik keine Mehrheit gefunden hat, eine Variante bis zum Bau durchzusetzen. Gefundene Kompromisse wurden rückgängig gemacht, neue Varianten ins Spiel gebracht, erneut verworfen, am Ende eine Kompromissvariante von Rot-Grün-Rot. Dass die durchgängig vierspurige Variante nicht gebaut worden ist, ist sicher auch gut. Nicht zuletzt wurden mit den durchgängig vierspurigen Varianten an den Bedürfnissen des Stadtteiles rücksichtslos vorbeigeplant.

2. Wie beurteilen Sie die momentan vorliegende Planung nach Variante 8.7? Gäbe es Alternativen?

Die vorliegende und zur Planfeststellung eingereichte Variante 8.7 ist nach Aussage des Baubürgermeisters der Grünen der Kompromiss zwischen den Belangen der verschiedenen Verkehrsmittel, der Stadtteilverträglichkeit, der Genehmigungsfähigkeit und der Förderfähigkeit durch den Freistaat Sachsen. Eine Alternative wäre eine Sanierung im Bestand, die allerdings unter den politischen Randbedingungen im Freistaat schwierig sein könnte, vor allem hinsichtlich der Förderfähigkeit.

3. Sollte für die Verbreiterung der Straße privates Eigentum enteignet werden?

Vorliegend ist das nicht schön, allerdings müsste bei einem Kippen der Variante 8.7 und gegebenenfalls einer Mehrheit für eine vierspurige Variante dann mit noch mehr Enteignungen gerechnet werden, da der Flächenbedarf entsprechend noch größer wäre.

4. Welche städtebaulichen Aspekte sind für die Königsbrücker wichtig?

Städtebaulich ist die Rücksicht auf den Stadtteil hinsichtlich Verkehrsbelastung, Erschließungsfunktion, Aufenthaltsqualität, Stadtklima, Lärm, Luftreinhaltung und Baukultur wichtig.

5. Momentan ist geplant, die historische, vierreihige Baumallee oberhalb des Bischofswegs zu entfernen und nicht wieder entstehen zu lassen. Hält Ihre Partei diese Maßnahme für gerechtfertigt?

Nein. In der aktuellen Diskussion um Fragen der Erwärmung im Stadtklima sollten Bäume außer bei Gefährdung überhaupt nicht mehr gefällt werden.

6. Im Planfeststellungsverfahren ist eine Sammeleingabe unserer Bürgerinitiative mit ca. 5000 Mitzeichnenden eingegangen. Zusätzlich erfolgten fristgerecht über 3000 einzelne Eingaben. Wie steht Ihre Partei zu diesem starken Zeichen der Bürgerpartizipation? Wie sollte die Landesdirektion und die Politik darauf reagieren?

Die Politik muss die Eingaben ernst nehmen. Sie müssen in die Planung einfließen.

7. Mit welchen Mitteln wird Ihre Partei dafür sorgen, dass die Königsbrücker Straße zeitnah saniert werden kann?

Für eine zügige Überarbeitung hat die Fraktion DIE LINKE im Planungsprozess nach 2014 gesorgt, indem sie angeregt hat, eine Lenkungsgruppe zu bilden, um die Verwaltung zu zwingen, regelmäßig über die Planfortschritte zu berichten. Dadurch wurde "Spielen auf Zeit" in der Verwaltung verhindert.

"Zeitnah" kann eigentlich nur die Variante 8.7 umgesetzt werden, da Veränderungen neue Planungen erforderlich machen, die Zeit kosten. Andererseits zeigt die rege öffentliche Beteiligung in Form von Eingaben, dass Änderungsbedarf besteht. Im Zweifel und unter Beachtung der Bürgerbeteiligung geht allerdings Qualität immer vor Quantität.

Tilo Wirtz
DIE LINKE